

Brüssel, den 4. April 2025
(OR. en)

12799/24

PUBLIC 106
INF 206

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES –
SEPTEMBER 2022

Dieses Dokument enthält eine Aufstellung der vom Rat im September 2022 angenommenen Rechtsakte^{1, 23}

Es enthält Informationen zur Annahme von Gesetzgebungsakten und Rechtsakten ohne Gesetzescharakter, insbesondere

- das Datum der Annahme,
- die entsprechende Tagung des Rates,
- die Nummer des angenommenen Dokuments,
- die Fundstelle im Amtsblatt,
- einen Verweis auf das Protokoll über die Tagung des Rates, auf der der Rechtsakt angenommen wurde.

¹ Zur besseren Übersicht sind die Kurztitel, wie sie in den Tagesordnungen des Rates erscheinen, ebenfalls angegeben (in Kursivschrift).

² Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw., es sei denn, diese wurden im schriftlichen Verfahren angenommen.

³ Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären der beiden Organe unterzeichnet wurden.

Dieses Dokument ist auch zugänglich über die Website des Rates unter [Monatliche Aufstellung der Rechtsakte des Rates \(Rechtsakte\) – Consilium.](#)

Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente eingesehen werden unter [Dokumente und Veröffentlichungen – Consilium.](#)

Ist ein Dokument nicht unmittelbar verfügbar, so kann ein Antrag auf Zugang zu dem Dokument gestellt werden unter <https://www.consilium.europa.eu/de/documents/public-register/request-document-form/>

Dieses Dokument dient ausschließlich zur Information – maßgebend sind nur die Protokolle des Rates. Diese sind zugänglich über die Website des Rates unter [Ratsprotokolle – Consilium.](#)

INFORMATIONEN ZU DEN VOM RAT IM SEPTEMBER 2022 ANGENOMMENEN RECHTSAKTEN

3893. Tagung des Rates der Europäischen Union (Verkehr, Telekommunikation und Energie) vom 9. September 2022 in Brüssel (Protokoll: 12288/22 + ADD 1)

RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER

RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit Neuseeland über ein Abkommen betreffend seine Teilnahme an Programmen der Union und seine Assoziierung mit Horizont Europa</i> Beschluss (EU) 2022/1527 des Rates vom 9. September 2022 über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit Neuseeland über ein Abkommen über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme Neuseelands an Programmen der Union und über die Assoziierung Neuseelands mit „Horizont Europa“, dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (2021-2027) ABl. L 237 vom 14.9.2022, S. 18	11439/22
<i>Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit Kanada über ein Abkommen betreffend seine Teilnahme an Programmen der Union und seine Assoziierung mit Horizont Europa</i> Beschluss (EU) 2022/1526 des Rates vom 9. September 2022 über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit Kanada über ein Abkommen über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme Kanadas an Programmen der Union und über die Assoziierung Kanadas mit „Horizont Europa“, dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (2021-2027) ABl. L 237 vom 14.9.2022, S. 17	11436/22
<i>Beschluss des Rates über die Aussetzung der Anwendung des Visaerleichterungsabkommens mit der Russischen Föderation</i> Beschluss (EU) 2022/1500 des Rates vom 9. September 2022 über die vollständige Aussetzung der Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation über die Erleichterung der Ausstellung von Visa für Bürger der Europäischen Union und für Staatsangehörige der Russischen Föderation ABl. L 234I vom 9.9.2022, S. 1	12039/22
<i>Beschluss und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in der Ukraine</i> Beschluss (GASP) 2022/1507 des Rates vom 9. September 2022 zur Änderung des Beschlusses 2014/119/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in der Ukraine ABl. L 235 vom 12.9.2022, S. 32	11431/22
Durchführungsverordnung (EU) 2022/1501 des Rates vom 9. September 2022 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 208/2014 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in der Ukraine ABl. L 235 vom 12.9.2022, S. 1	11433/22

<i>Beschluss des Rates über die GSVP-Mission der Europäischen Union in Niger (EUCAP Sahel Niger)</i> Beschluss (GASP) 2022/1505 des Rates vom 9. September 2022 zur Änderung des Beschlusses 2012/392/GASP über die GSVP-Mission der Europäischen Union in Niger (EUCAP Sahel Niger) ABl. L 235 vom 12.9.2022, S. 28	11199/22
<i>Durchführungsbeschluss und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen</i> Durchführungsbeschluss (GASP) 2022/1509 des Rates vom 9. September 2022 zur Durchführung des Beschlusses (GASP) 2015/1333 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen ABl. L 235 vom 12.9.2022, S. 35	11546/22 + ADD 1
Durchführungsverordnung (EU) 2022/1502 des Rates vom 9. September 2022 zur Durchführung des Artikels 21 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2016/44 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen ABl. L 235 vom 12.9.2022, S. 4	11548/22 + ADD1
<i>Beschluss des Rates über eine Maßnahme der Europäischen Union zur Unterstützung der Entwicklung von Informationstechnologie, um die Verbreitung von Informationen über restriktive Maßnahmen der Union zu verbessern</i> Beschluss (GASP) 2022/1506 des Rates vom 9. September 2022 über eine Maßnahme der Europäischen Union zur Unterstützung der Entwicklung von Instrumenten der Informationstechnologie, um die Verbreitung von Informationen über restriktive Maßnahmen der Union zu verbessern ABl. L 235 vom 12.9.2022, S. 30	11231/22
<i>Durchführungsbeschluss und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea</i> Durchführungsbeschluss (GASP) 2022/1510 des Rates vom 9. September 2022 zur Durchführung des Beschlusses (GASP) 2016/849 über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea ABl. L 235 vom 12.9.2022, S. 37	11805/22
Durchführungsverordnung (EU) 2022/1503 des Rates vom 9. September 2022 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/1509 des Rates über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea ABl. L 235 vom 12.9.2022, S. 6	11807/22
<i>Beschluss des Rates über die vorübergehende Aufnahme bestimmter Palästinenser in Mitgliedstaaten der Europäischen Union</i> Beschluss (GASP) 2022/1508 des Rates vom 9. September 2022 über die vorübergehende Aufnahme bestimmter Palästinenser in Mitgliedstaaten der Europäischen Union ABl. L 235 vom 12.9.2022, S. 34	11541/22

3894. Tagung des Rates der Europäischen Union (Allgemeine Angelegenheiten) vom 20. September 2022 in Brüssel (Protokoll: 12847/22 + ADD 1 REV 1)	
GESETZGEBUNGSAKTE	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Beschluss über eine außerordentliche Makrofinanzhilfe für die Ukraine</i> Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bereitstellung einer außerordentlichen Makrofinanzhilfe für die Ukraine und zur Aufstockung des gemeinsamen Dotierungsfonds durch Garantien der Mitgliedstaaten und durch spezifische Dotierungen für bestimmte gemäß dem Beschluss Nr. 466/2014/EU garantierte finanzielle Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Ukraine sowie zur Änderung des Beschlusses (EU) 2022/1201 ABl. L 245 vom 22.9.2022, S. 1	49/1/22 REV 1
<i>Standpunkt des Rates zum EBH Nr. 4/2022: Aktualisierung der Einnahmen</i> Standpunkt des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4 zum Gesamthaushaltsplan 2022: Aktualisierung der Einnahmen nach der aktualisierten Vorausschätzung von Eigenmitteln und anderen Einnahmen und sonstige technische Anpassungen	12093/22
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Beschluss des Rates zur Anerkennung der externen Rechnungsprüfer der De Nederlandsche Bank</i> Beschluss (EU) 2022/1640 des Rates vom 20. September 2022 zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG über die externen Rechnungsprüfer der nationalen Zentralbanken hinsichtlich der externen Rechnungsprüfer der De Nederlandsche Bank ABl. L 247 vom 23.9.2022, S. 72	11879/22
<i>Durchführungsbeschluss des Rates zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/1343 zur Gewährung einer vorübergehenden Unterstützung gemäß der Verordnung (EU) 2020/672 für die Republik Bulgarien mit dem Ziel, Arbeitslosigkeitsrisiken in der Notlage infolge des COVID-19-Ausbruchs zu mindern</i> Durchführungsbeschluss des Rates zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/1343 zur Gewährung einer vorübergehenden Unterstützung gemäß der Verordnung (EU) 2020/672 für die Republik Bulgarien mit dem Ziel, Arbeitslosigkeitsrisiken in der Notlage infolge des COVID-19-Ausbruchs zu mindern Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1633 des Rates vom 20. September 2022 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/1343 zur Gewährung einer vorübergehenden Unterstützung gemäß der Verordnung (EU) 2020/672 für die Republik Bulgarien mit dem Ziel, Arbeitslosigkeitsrisiken in der Notlage infolge des COVID-19-Ausbruchs zu mindern ABl. L 245 vom 22.9.2022, S. 52	11991/22
<i>Empfehlung zur Schengen-Evaluierung – Irland: polizeiliche Zusammenarbeit</i> Durchführungsbeschluss des Rates zur Festlegung einer Empfehlung zur Beseitigung der 2021 bei der Evaluierung Irlands festgestellten Mängel im Hinblick auf die Erfüllung der für die Anwendung des Schengen-Besitzstands im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit erforderlichen Voraussetzungen	11954/22

<i>Empfehlung zur Schengen-Evaluierung – Italien: polizeiliche Zusammenarbeit</i> Durchführungsbeschluss des Rates zur Festlegung einer Empfehlung zur Beseitigung der 2021 bei der Evaluierung der Anwendung des Schengen-Besitzstands im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit durch Italien festgestellten Mängel	11956/22
<i>Empfehlung zur Schengen-Evaluierung – Niederlande: Datenschutz</i> Durchführungsbeschluss des Rates zur Festlegung einer Empfehlung zur Beseitigung der 2021 bei der Evaluierung der Anwendung des Schengen-Besitzstands im Bereich des Datenschutzes durch die Niederlande festgestellten Mängel	11958/22
<i>Beschluss des Rates über den Abschluss des Rahmenabkommens zwischen der EU und Australien</i> Beschluss (EU) 2022/1664 des Rates vom 20. September 2022 über den Abschluss des Rahmenabkommens im Namen der Union zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Australien andererseits ABl. L 255 vom 3.10.2022, S. 1	11886/22
<i>Beschluss und Verordnung des Rates angesichts der Lage in der Zentralafrikanischen Republik</i> Beschluss (GASP) 2022/1626 des Rates vom 20. September 2022 zur Änderung des Beschlusses 2013/798/GASP über restriktive Maßnahmen gegen die Zentralafrikanische Republik ABl. L 244 vom 21.9.2022, S. 17	12072/22
Verordnung (EU) 2022/1621 des Rates vom 20. September 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 224/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in der Zentralafrikanischen Republik ABl. L 244 vom 21.9.2022, S. 1	12081/22
<i>Beschluss des Rates über die Folgen des Beschlusses des Hohen Vertreters über die Umstrukturierung der zivilen Krisenbewältigungsstrukturen im Europäischen Auswärtigen Dienst hinsichtlich der Funktion des Zivilen Operationskommandeurs für zivile Krisenbewältigungsmissionen</i> Beschluss (GASP) 2022/1625 des Rates vom 20. September 2022 über die Folgen des Beschlusses des Hohen Vertreters über die Umstrukturierung der zivilen Krisenbewältigungsstrukturen im Europäischen Auswärtigen Dienst hinsichtlich der Funktion des Zivilen Operationskommandeurs für zivile Krisenbewältigungsmissionen ABl. L 244 vom 21.9.2022, S. 15	11588/22
<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU auf der achten Tagung der Versammlung der Vertragsparteien des Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel (AEWA) in Bezug auf bestimmte Änderungen der Anlage 3</i> Beschluss (EU) 2022/1850 des Rates vom 20. September 2022 zur Festlegung des im Namen der Europäischen Union auf der achten Tagung der Versammlung der Vertragsparteien des Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel in Bezug auf bestimmte Änderungen der Anlage 3 zu vertretenden Standpunkts ABl. L 257 vom 5.10.2022, S. 6	11609/22

<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU in dem Gemeinsamen Ausschuss EU-Schweiz zur Verknüpfung der jeweiligen EHS (im Hinblick auf die Änderung der Anhänge III und IV des Abkommens)</i> Beschluss (EU) 2022/1660 des Rates vom 20. September 2022 über den im Namen der Europäischen Union in dem durch das Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Verknüpfung ihrer jeweiligen Systeme für den Handel mit Treibhausgasemissionen eingerichteten Gemeinsamen Ausschuss im Hinblick auf die Änderung der Anhänge III und IV des Abkommens zu vertretenden Standpunkt (Text von Bedeutung für den EWR) ABl. L 250 vom 28.9.2022, S. 6	11571/22
<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU in der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt im Hinblick auf die Annahme der überarbeiteten Verordnung über das Schiffspersonal auf dem Rhein</i> Beschluss (EU) 2022/1912 des Rates vom 29. September 2022 über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union in der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt im Hinblick auf die Annahme der überarbeiteten Verordnung über das Schiffspersonal auf dem Rhein zu vertreten ist ABl. L 261 vom 7.10.2022, S. 48	11265/1/22 REV 1
<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU im Ministerrat der Energiegemeinschaft zur Aufnahme der Verordnung (EU) 2022/1032 über die Gasspeicherung in den Besitzstand der Energiegemeinschaft</i> Beschluss (EU) 2022/1842 des Rates vom 20. September 2022 über den im Namen der Europäischen Union im Ministerrat der Energiegemeinschaft zu vertretenden Standpunkt in Bezug auf die Aufnahme der Verordnung (EU) 2022/1032 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gasspeicherung in den Besitzstand der Energiegemeinschaft ABl. L 254 vom 3.10.2022, S. 43	12060/22
<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU zu den Änderungen an Anlage I des Internationalen Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft</i> Beschluss des Rates über den im Namen der Europäischen Union im Lenkungsorgan des Internationalen Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft in Bezug auf Änderungen der Anlage I zum genannten Vertrag zu vertretenden Standpunkt	12102/22
<i>Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des umfassenden Luftverkehrsabkommens mit dem Verband südostasiatischer Nationen (ASEAN)</i> Beschluss (EU) 2022/1643 des Rates vom 20. September 2022 über die Unterzeichnung – im Namen der Union – des umfassenden Luftverkehrsabkommens zwischen den Mitgliedstaaten des Verbands südostasiatischer Nationen und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten ABl. L 248 vom 26.9.2022, S. 1	8896/22

3895. Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft und Fischerei) vom 26. September 2022 in Brüssel (Protokoll: 12807/22 + ADD 1)	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Beschluss des Rates zum Standpunkt der EU bezüglich der Änderungen der Anlagen zum Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) und auf Binnenwasserstraßen (ADN)</i> Beschluss (EU) 2022/1663 des Rates vom 26. September 2022 über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union bezüglich der Änderungen der Anlagen zum Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße und der dem Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf Binnenwasserstraßen beigefügten Verordnung zu vertreten ist ABl. L 250 vom 28.9.2022, S. 19	12123/22
<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU im Gemischten Ausschuss EU-China für geografische Angaben bezüglich der Annahme einer Geschäftsordnung</i> Beschluss (EU) 2022/1677 des Rates vom 26. September 2022 über den im Namen der Europäischen Union in dem durch das Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Regierung der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit im Bereich der geografischen Angaben und deren Schutz eingesetzten Gemischten Ausschuss in Bezug auf die Annahme der Geschäftsordnung des Gemischten Ausschusses zu vertretenden Standpunkt ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 64	11862/22
<i>Durchführungsbeschluss des Rates zur Ermächtigung Portugals, auf Gasöl und unverbleites Benzin, die als Kraftstoffe verwendet werden, ermäßigte Verbrauchsteuersätze anzuwenden</i> Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1662 des Rates vom 26. September 2022 zur Ermächtigung Portugals, gemäß Artikel 19 der Richtlinie 2003/96/EG auf Gasöl und unverbleites Benzin, die als Kraftstoffe verwendet werden, ermäßigte Verbrauchsteuersätze anzuwenden ABl. L 250 vom 28.9.2022, S. 17	12099/22
<i>Durchführungsbeschluss des Rates zur Ermächtigung Luxemburgs, eine abweichende MwSt-Regelung einzuführen</i> Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1661 des Rates vom 26. September 2022 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2013/677/EU zur Ermächtigung Luxemburgs, eine von Artikel 285 der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Regelung einzuführen ABl. L 250 vom 28.9.2022, S. 14	12089/22

<i>Abkommen mit den USA über die Änderung der Zollkontingente der EU in der WTO-Liste nach dem Brexit</i> Beschluss (EU) 2022/1665 des Rates vom 26. September 2022 über die Unterzeichnung – im Namen der Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse für alle in der EU-Liste CLXXV aufgeführten Zollkontingente infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ABl. L 251 vom 29.9.2022, S. 1	11722/22
Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse für alle in der EU-Liste CLXXV aufgeführten Zollkontingente infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ABl. L 119 vom 5.5.2023, S. 3	11724/22
Beschluss (EU) 2023/912 des Rates vom 25. April 2023 über den Abschluss – im Namen der Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse für alle in der EU-Liste CLXXV aufgeführten Zollkontingente infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ABl. L 119 vom 5.5.2023, S. 1	11723/22
<i>Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über den grenzüberschreitenden Datenverkehr im Rahmen des Abkommens über eine Wirtschaftspartnerschaft mit Japan</i> Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit Japan über die Aufnahme von Bestimmungen über den grenzüberschreitenden Datenverkehr in das Abkommen zwischen der Europäischen Union und Japan über eine Wirtschaftspartnerschaft	12259/22
<i>Beschluss des Rates zur Unterstützung der Zentralstelle Südost- und Osteuropa für die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen (SEESAC) bei der Umsetzung des regionalen Fahrplans zur Bekämpfung des illegalen Waffenhandels im Westbalkan</i> Beschluss (GASP) 2022/1654 des Rates vom 27. September 2022 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2018/1788 zur Unterstützung der Zentralstelle Südost- und Osteuropa für die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen (SEESAC) bei der Umsetzung des regionalen Fahrplans zur Bekämpfung des illegalen Waffenhandels im Westbalkan ABl. L 249 vom 27.9.2022, S. 45	12129/22

3896. Tagung des Rates der Europäischen Union (Binnenmarkt, Industrie) vom 29. September 2022 in Brüssel (Protokoll: 13066/22 + ADD 1)	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels über die Verlängerung des Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Mauritius</i> Beschluss (EU) 2022/1846 des Rates vom 29. September 2022 über den Abschluss, im Namen der Union, des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und der Republik Mauritius über die Verlängerung des Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Mauritius ABl. L 256 vom 4.10.2022, S. 3	5657/22
<i>Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/109 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für 2022 für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in den Unionsgewässern sowie für Fischereifahrzeuge der Union in bestimmten Nicht-Unionsgewässern (vierte Änderung)</i> Verordnung (EU) 2022/1670 des Rates vom 29. September 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/109 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für 2022 für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in den Unionsgewässern sowie für Fischereifahrzeuge der Union in bestimmten Nicht-Unionsgewässern ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 1	12383/22
<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU in der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt im Hinblick auf die Annahme der überarbeiteten Verordnung über das Schiffspersonal auf dem Rhein</i> Beschluss (EU) 2022/1912 des Rates vom 29. September 2022 über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union in der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt im Hinblick auf die Annahme der überarbeiteten Verordnung über das Schiffspersonal auf dem Rhein zu vertreten ist ABl. L 261 vom 7.10.2022, S. 48	11265/1/2022 REV 1
<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU in dem durch das Übereinkommen vom 20. Mai 1987 über ein gemeinsames Versandverfahren eingesetzten Gemischten Ausschuss EU-CTC in Bezug auf Änderungen dieses Übereinkommens</i> Beschluss (EU) 2022/1932 des Rates vom 29. September 2022 über den im Namen der Europäischen Union in dem durch das Übereinkommen vom 20. Mai 1987 über ein gemeinsames Versandverfahren eingesetzten Gemischten Ausschuss EU-CTC in Bezug auf Änderungen dieses Übereinkommens zu vertretenden Standpunkt ABl. L 266 vom 13.10.2022, S. 17	12352/22

<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU im Gemischten Ausschuss EU-Mongolei in Bezug auf eine Facharbeitsgruppe für Entwicklungszusammenarbeit</i> Beschluss (EU) 2022/1851 des Rates vom 29. September 2022 über den Standpunkt, der im Namen der Union in dem mit dem Rahmenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Mongolei andererseits eingesetzten Gemischten Ausschuss im Zusammenhang mit der geplanten Annahme eines Beschlusses über die Einsetzung einer Facharbeitsgruppe für Entwicklungszusammenarbeit zu vertreten ist ABl. L 257 vom 5.10.2022, S. 8	12066/22
ZUGANG DER ÖFFENTLICHKEIT ZU DOKUMENTEN – Zweitantrag Nr. 14/c/01/22	11843/22
<i>Durchführungsbeschluss des Rates zur Ermächtigung Schwedens, auf Benzin, nicht gekennzeichnetes Gasöl und gleichwertige Brennstoffe, die als Kraftstoffe verwendet werden, ermäßigte Verbrauchsteuersätze anzuwenden</i> Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1843 des Rates vom 29. September 2022 zur Ermächtigung Schwedens, gemäß Artikel 19 der Richtlinie 2003/96/EG auf Benzin, nicht gekennzeichnetes Gasöl und gleichwertige Brennstoffe, die als Kraftstoffe verwendet werden, ermäßigte Verbrauchsteuersätze anzuwenden ABl. L 254 vom 3.10.2022, S. 56	12101/22
<i>Beschluss des Rates über eine Maßnahme der Europäischen Union zur Unterstützung des Verifikations- und Inspektionsmechanismus der Vereinten Nationen in Jemen (UNVIM)</i> Beschluss (GASP) 2022/1682 des Rates vom 29. September 2022 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2020/1465 über eine Maßnahme der Europäischen Union zur Unterstützung des Verifikations- und Inspektionsmechanismus der Vereinten Nationen in Jemen ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 76	12389/22
<i>Beschluss des Rates über den Abschluss der Änderungen des Internationalen Zucker-Übereinkommens von 1992</i> Beschluss (EU) 2022/1910 des Rates vom 29. September 2022 über den Abschluss der Änderungen des Internationalen Zucker-Übereinkommens von 1992 ABl. L 261 vom 7.10.2022, S. 1	7978/22

Schriftliches Verfahren vom 1. September 2022	CM 4139/22
<i>Beschluss und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen</i> Beschluss (GASP) 2022/1447 des Rates vom 1. September 2022 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 227I vom 1.9.2022, S. 4	11825/22
Durchführungsverordnung (EU) 2022/1446 des Rates vom 1. September 2022 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 227I vom 1.9.2022, S. 1	11827/22
Mitteilung an die Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2014/145/GASP des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2022/1447 des Rates, und der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/1446 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, unterliegen ABl. L 335 vom 2.9.2022, S. 5	CM 4138/22
Mitteilung an die Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2014/145/GASP des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2022/1447 des Rates, und der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/1446 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, unterliegen ABl. L 335 vom 2.9.2022, S. 3	CM 4138/22
Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2014/145/GASP des Rates und nach der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, unterliegen ABl. L 335 vom 2.9.2022, S. 6	CM 4138/22

Schriftliches Verfahren vom 6. September 2022	CM 4262/22
Annahme des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2023	11075/22 + COR 1
Erklärung zu den Zahlungen Der Rat ersucht die Kommission, die Durchführung der Programme des derzeitigen und des vorangegangenen MFR (insbesondere in der Teilrubrik 2a und im Bereich ländliche Entwicklung) 2023 weiterhin aufmerksam und aktiv zu überwachen, damit gewährleistet ist, dass die Unionsprogramme ordnungsgemäß durchgeführt werden. Zu diesem Zweck ersucht er die Kommission, rechtzeitig aktualisierte Zahlenangaben zum Stand der Beratungen und zu den Voranschlägen hinsichtlich der Mittel für Zahlungen für 2023 vorzulegen (gegebenenfalls unter Berücksichtigung der verbesserten Genauigkeit der Vorausschätzungen der Mitgliedstaaten). Sollten die Zahlen zeigen, dass die in den Haushaltsplan 2023 eingestellten Mittel nicht ausreichen, um den gerechtfertigten Mittelbedarf zu decken, so ersucht der Rat die Kommission, so rasch wie möglich eine geeignete Lösung, unter anderem einen Entwurf eines Berichtigungshaushaltsplans, vorzulegen, damit die Haushaltsbehörde schnellstmöglich und unverzüglich die notwendigen Beschlüsse für gerechtfertigte Erfordernisse fassen kann. Der Rat wird gegebenenfalls der Dringlichkeit der Angelegenheit Rechnung tragen und die Frist von acht Wochen für einen Beschluss verkürzen, falls er dies für erforderlich hält. Dies gilt entsprechend auch, sollten die Zahlen zeigen, dass die in den Haushaltsplan 2023 eingestellten Mittel höher als benötigt sind. Der Rat wird das Berichtigungsschreiben für Landwirtschaft (einschließlich der Informationen über zweckgebundene Einnahmen) im Hinblick auf eine angemessene Bewertung der Mittelausstattung für die Rubrik 3 (<i>Natürliche Ressourcen und Umwelt</i>) im Haushaltsplan 2023 sorgfältig prüfen.	11075/22 ADD 1 REV 1
Erklärung zu den Elementen, die bei der Festlegung des Standpunkts des Rates nicht berücksichtigt wurden Der Rat weist darauf hin, dass er seinen Standpunkt im Lichte der zusätzlichen Informationen, die im Berichtigungsschreiben vorzulegen sind, unter Berücksichtigung der aktuellen Situation und möglicher anderer unvorhergesehener Herausforderungen, die sich ergeben können, neu bewerten wird. In Anbetracht der außergewöhnlichen Situation wird Legislativvorschlägen der Kommission zu Mitteln für Zahlungen wie FAST-CARE besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Rat verweist insbesondere auf die anhaltenden Unsicherheiten und die Folgen des Krieges in der Ukraine, die der Unterstützung seitens der Europäischen Union bedarf. Darüber hinaus hat die Krise Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit in der südlichen Nachbarschaft. Angesichts steigender Zinssätze fordert der Rat die Kommission auf, bei ihrer Emission von Schuldtiteln im zweiten Halbjahr 2022 einen vorsichtigen Ansatz zu verfolgen, der sich am tatsächlichen Bedarf orientiert, und so die Zinskosten, die im Jahr 2023 und in den darauffolgenden Jahren aus dem EU-Haushalt bestritten werden müssen, zu begrenzen. In diesem Zusammenhang fordert der Rat die Kommission dringend auf, die erforderlichen Informationen so bald wie möglich, spätestens aber bis zum 21. September 2022 vorzulegen, damit die Arbeit der beiden Teile der Haushaltsbehörde erleichtert und eine fristgerechte Annahme des Haushaltsplans 2023 sichergestellt wird.	11075/22 ADD 1 REV 1

Erklärung zu Artikel 241

Der Rat stellt fest, dass die derzeitige Methode der automatischen Anpassung der Dienstbezüge im derzeitigen beispiellosen Inflationsumfeld eine untragbare Belastung für die Verwaltungsausgaben in allen Rubriken darstellt. Nach der aktualisierten Finanzplanung wird die im Jahr 2022 vorgesehene Erhöhung der Dienstbezüge zu einem erheblichen zusätzlichen Finanzierungsbedarf in Rubrik 7 führen, und zwar nicht nur in den Jahren 2022 und 2023, sondern auch in den darauffolgenden vom derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) erfassten Jahren, wodurch die Obergrenzen dieser Rubrik überschritten werden. Künftige Erhöhungen der Bezüge von mehr als 2 % werden diese Situation weiter verschärfen. Wenn keine Ausgleichsmaßnahmen ergriffen werden, wird diese Entwicklung die Mobilisierung besonderer Instrumente erfordern, die andernfalls zur Finanzierung unvorhergesehener Umstände (etwa der direkten und indirekten Folgen des Kriegs in der Ukraine) zur Verfügung stünden. Darüber hinaus haben die Kommission und die EZB wiederholt die Befürchtung geäußert, dass eine automatische Lohnindexierung in den Mitgliedstaaten zu Zweittrundeneffekten führen könnte, die möglicherweise einen länger anhaltenden Inflationsschock verursachen, was wiederum eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in der EU nach sich ziehen könnte.

In diesem Zusammenhang ersucht der Rat die Kommission im Einklang mit Artikel 241 AEUV, bis Ende September 2022 die Auswirkungen und die Finanzierbarkeit der automatischen Anpassung der Dienstbezüge vor dem Hintergrund einer hohen Inflation zu bewerten und ihm geeignete Vorschläge zur Verringerung des Drucks bei den Verwaltungsausgaben zu unterbreiten. Dabei sollte die Kommission unter anderem folgende Elemente in Betracht ziehen:

- eine einmalige Aussetzung der jährlichen Anpassung der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten unter Anerkennung erworbener Rechte;
- konkrete Maßnahmen zur Eindämmung der nicht gehaltsbezogenen Ausgaben, z. B. in den Bereichen Energieverbrauch in Gebäuden, Dienstreisekosten o. Ä. (im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum MFR);
- Umfang und Dauer der Zulagen;
- die Angemessenheit des Steuersystems;
- die Ausweitung und Verlängerung der Solidaritätsabgabe;
- die Aufnahme eines neuen dritten Mechanismus in Anhang XI des Statuts (zusätzlich zu der Mäßigungsklausel und der Ausnahmeklausel), um den besonderen Bedingungen einer hohen Inflation gebührend Rechnung zu tragen, oder andere geeignete Maßnahmen, die vor dem Hintergrund der Lage in den Mitgliedstaaten und der Finanzierbarkeit der Verwaltungsausgaben im MFR so rechtzeitig getroffen werden, dass das Europäische Parlament und der Rat sie zusammen mit dem Berichtigungsschreiben zum EU-Haushaltsplan 2023 prüfen und annehmen können, wobei eine Annahme vor Ende 2022 angestrebt werden sollte.

Unbeschadet der Bewertung durch die Kommission erinnert der Rat daran, dass der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen vom Juli 2020 festgestellt hat, dass keine Halbzeitüberprüfung des MFR 2021-2027 vorgesehen ist.

11075/22 ADD 1
REV 1

Erklärung zum Einzelplan des Europäischen Parlaments im Haushaltsplan Der Rat betont, dass die Obergrenze der Rubrik 7 des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 auf der Prämisse beruht, dass alle EU-Organen einen umfassenden und zielgerichteten Ansatz für die Stabilisierung des Personalbestands und die Reduzierung der Verwaltungsausgaben verfolgen. Der Rat weist darauf hin, dass das Europäische Parlament (EP) bereits im Jahreshaushaltsplan für 2022 142 zusätzliche Posten für seinen Stellenplan sowie 180 externe Bedienstete beantragt und erhalten hatte, und er verweist in diesem Zusammenhang auf die Erklärung des Rates vom 7. Dezember 2021. Dieses Jahr enthalten der Ausgabenplan und der Stellenplan des EP für 2023 die Beantragung von 52 zusätzlichen Planstellen und 116 zusätzlichen akkreditierten parlamentarischen Assistenten. Dieser Antrag erfolgt in einem Kontext hoher Inflationsraten, die die Einhaltung der Obergrenze der Rubrik 7 im Jahr 2023 gefährden; deshalb müssen alle Organe Zurückhaltung üben, so wie es durch die Verpflichtung zur Einhaltung der jährlichen Ausgabenobergrenzen vorgesehen ist. In diesem Zusammenhang erhöht das EP mit seinem Antrag den Druck auf die Rubrik 7 und überlässt es den anderen Organen, die Lasten für die Eindämmung ihrer Verwaltungsausgaben zu tragen. Daher ist dieser Antrag nicht mit den Verpflichtungen des EP nach Artikel 2 der MFR-Verordnung vereinbar und steht im Widerspruch zu den Nummern 129 und 130 der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 17. bis 21. Juli 2020 über ein stabiles Niveau des Personalbestands der Organe. Unter Achtung des Grundgedankens des Gentlemen's Agreement, einschließlich des institutionellen Gleichgewichts zwischen dem EP und dem Rat und der Einhaltung der MFR-Obergrenzen, fordert der Rat das EP auf, dem vom Rat übernommenen Ansatz zu folgen und dafür zu sorgen, dass die Obergrenze der Rubrik 7 eingehalten wird. Er weist darauf hin, dass der Rat beabsichtigt, einen stabilen Personalbestand zu wahren, und einen höheren Kürzungssatz (Anteil der unbesetzten Stellen) auf seine eigenen Verwaltungsausgaben anwendet. Daher bringt der Rat seine starken Vorbehalte zum Ausgabenplan und zum Stellenplan des EP für 2023 zum Ausdruck. Der Rat wird sich bei den Verhandlungen über den Jahreshaushaltsplan der Union für 2023 weiter eingehend mit diesen Elementen befassen.	11075/22 ADD 1 REV 1
Schriftliches Verfahren vom 8. September 2022	CM 4217/22
Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten – Zweit Antrag Nr. 13/c/01/22	11693/22

Schriftliches Verfahren vom 14. September 2022	CM 4363/22
<i>Beschluss und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen</i> Beschluss (GASP) 2022/1530 des Rates vom 14. September 2022 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 239 vom 15.9.2022, S. 149	11346/22
Durchführungsverordnung (EU) 2022/1529 des Rates vom 14. September 2022 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 239 vom 15.9.2022, S. 1	11348/22
Mitteilung an die Personen und Organisationen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2014/145/GASP des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2022/1530 des Rates, und der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/1529 des Rates, über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, unterliegen ABl. L 353I vom 15.9.2022, S. 1	11349/22
Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2014/145/GASP des Rates und nach der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, unterliegen ABl. L 353I vom 15.9.2022, S. 3	11349/22
Mitteilung an die natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2014/145/GASP des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2022/1530 des Rates, und der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/1529 des Rates, über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, unterliegen ABl. L 353I vom 15.9.2022, S. 5	11349/22